

AntragstellerIn:

Bierrechtsgruppe Uni Freiburg

Antragsinhalt:

Der Studierendenrat möge beschließen,

*Folgende Änderungen im Antrag der FS Jura „Stellungnahme zu G20“ vorzunehmen:
Ändere in Abs. 3 Satz 1: „Der Studierendenrat der Universität Freiburg distanziert sich von jeder Form politischer Gewalt, sowie von jeder Form unrechtmäßiger staatlicher Gewalt gegen friedlich demonstrierende Bürger*innen“ in: „Der Studierendenrat der Universität Freiburg positioniert sich gegen diese Form politischer Gewalt sowie gegen jede Form unrechtmäßiger staatlicher Gewalt gegen friedlich demonstrierende Bürger*innen“*

Ändere in Begründung Satz 2: „Als demokratische Vertretung aller Studierenden ist es somit notwendig, sich von Protestformen und Handlungen Einzelner zu distanzieren, [...]“ in: „Als demokratische Vertretung aller Studierenden ist es somit notwendig, sich gegen solche Protestformen und Handlungen Einzelner zu positionieren, [...]“

Begründung:

Die BUF sieht eine explizite Distanzierung als nicht notwendig an. Distanzieren bedeutet, dass der Studierendenrat räumlich oder ideell sich in einer Nähe zu den Ausschreitungen oder der Polizeigewalt auf dem G20-Gipfel befunden hätte. Dies ist nicht der Fall. Deshalb ist eine Positionierung gegen diese Aspekte zwar begrüßenswert, eine Distanzierung aber nicht zielführend.

Hinweis:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter*innen“ statt „Mitarbeiter“).